

Matthias Müller

Der Präsident der Jungfreisinnigen steht für mehr Freiheit und weniger Staat. Jetzt wagt er den demokratischen Hosenlupf mit der Filmlobby.

Das aus ihm kein Linker werden würde, wusste Matthias Müller relativ früh. Das politische Tischgespräch war von Kindesbeinen an omnipräsent; die Freiheit wurde sein politisches Leitmotiv. Seit zwei Jahren führt Müller die Jungpartei. In dieser Zeit hat sie eine beachtliche Schlagkraft entwickelt. Böse Zungen könnten sagen: Anders als die «grosse» FDP ist der Jungfreisinn sowohl referendums- als auch initiativfähig. Er hat in rascher Kadenz eine Renteninitiative zustande gebracht und das Referendum gegen das neue Filmgesetz ergriffen.

Wir treffen den Chef der Jungpartei in einem Trendlokal im Zürcher Kreis 5 zum Mittagessen. Buntgemischtes Publikum – Geschäftsleute mit Krawatte Tisch an Tisch mit Hipstern. Matthias Müller arbeitet in der Nähe: Im Prime Tower absolviert er ein dreizehmonatiges Praktikum bei der Top-Wirtschaftskanzlei Homburger. Zuvor assistierte und doktorierte er bei Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich und ehemaliger SVP-Nationalrat. Der 29-jährige Jurist kommt auf eine sympathische Art hemdsärmelig daher.

Breiter Schulterchluss

Als das Parlament letztes Jahr eine Minimalquote für europäische Produktionen auf Streaming-Diensten wie Netflix sowie neue Zwangsabgaben zugunsten der Filmindustrie ins Filmgesetz schrieb, sah Matthias Müller dringenden Handlungsbedarf. «Die Vorlage ist in so vielen Dimensionen verfehlt und unliberal – ich habe gesagt: Wenn wir uns dagegen als Jungfreisinnige nicht wehren, wogegen wehren wir uns dann überhaupt noch?»

Die Jungpartei ergriff das Referendum, das auch von der Jungen SVP und der Jungen GLP sowie weiteren Organisationen wie etwa dem Konsumentenforum Schweiz KF unterstützt wurde – ein breiter Schulterchluss. Bis jetzt läuft es wie am Schnürchen: Statt der benötigten 50 000 Unterschriften kamen über 70 000 zusammen. Es wird erwartet, dass die Bundeskanzlei das Zustandekommen binnen der nächsten Tage beurkundet. Der Bundesrat hat die Abstimmung bereits für den 15. Mai anberaumt.



«Unsere Chancen sind mehr als intakt»: Politiker Müller.

Schon heute, erklärt Referendumsführer Müller, stammten etwa 10 Prozent der verfügbaren Inhalte für Schweizer Streaming-Abonnenten aus der Küche des hochsubventionierten Schweizer Filmschaffens. «Aber sie machen nur gerade ein Prozent des Konsums aus.» Mit anderen Worten: Hier wird an den Bedürfnissen vorbeiproduziert. Mit der im Gesetz geplanten Quote von 30 Prozent würde dieser Zustand akzentuiert. Die Politik wolle, so Müller, die Leute umerziehen und nebenbei die Schatullen der Filmlobby mit Dutzenden Millionen Franken füllen – beides zulasten der Konsumenten. Der Jung-

freisinnige hat sich einen mächtigen Gegner ausgesucht. Letztes Jahr wurde das ganze Parlament zu einem Dinner ans Filmfestival Locarno eingeladen. Und die Befürworter wollen etwa eine Million Franken in den Abstimmungskampf werfen. «Es ist ein Kampf David gegen Goliath.» Bereits hat Müller die Mutterpartei FDP, deren Fraktion im Bundeshaus mehrheitlich für das Gesetz votierte, auf einen freiheitlichen Kurs zurückgebracht: Die Delegiertenversammlung der Liberalen beschloss mit über 80 Prozent die Nein-Parole zum neuen Filmgesetz. «Unsere Chancen sind mehr als intakt.» Florian Schwab